

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

mit E-Mail: recht-post@e-control.at

Geschäftszahl: 2026-0.057.633

BKA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Dr. Valerie Trofaier-Leskovar, LL.M.
Sachbearbeiterin

valerie.trofaier-leskovar@bka.gv.at
+43 1 53 115-203931
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Entwurf einer Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung); Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem mit oz. Note übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html> hingewiesen, unter der
insbesondere

- die Legistischen Richtlinien 1990¹ (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)² und
- verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes

¹ <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

² https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc

zugänglich sind.

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der verordnungserlassenden Behörde zu beurteilen. Es wird jedoch angeregt zu prüfen, inwieweit § 3 Abs. 3 des Entwurfs, mit dem ergänzende Bestimmungen zu § 143 Abs. 4 ElWG festgelegt werden, durch die Verordnungsermächtigung in § 146 Abs. 4 ElWG gedeckt ist, die ausdrücklich nur auf § 143 Abs. 1 ElWG Bezug nimmt. Aus den Erläuterungen lassen sich dazu keine Hinweise auffinden.

II. Zum Verordnungsentwurf

Zu mehreren Stellen des Entwurfs

Insbesondere bei textlich sehr umfangreichen Absätzen und Sätzen sollte geprüft werden, durch weitere Untergliederungen oder eine Aufteilung auf mehrere Absätze bzw. Sätze die Erfassung des Textes zu erleichtern, zB böte sich im Falle des § 6 Abs. 1 eine Untergliederung in Zahlen an, etwa in folgende Richtung:

§ 6. (1) Die Regulierungsbehörde kann gegenüber Betreibern geeigneter inländischer Stromerzeugungsanlagen mit Ausnahme von Aggregatoren, die keine Stromerzeugungseinheiten mit einer Engpassleistung größer als 1 MW aggregieren, nach den Vorgaben der Abs. 2 und 3 Stilllegungsverbote gemäß § 145 ElWG aussprechen, wenn

1. unter Berücksichtigung aller im Verfahren gemäß § 4 gelegten und nicht ausgeschiedenen Angebote, der für den Betrachtungszeitraum gemäß § 3 Abs. 1 festgelegte Netzreservebedarf nicht gedeckt werden kann,
2. im Verfahren gemäß § 4 weniger als drei Gebote von unterschiedlichen Unternehmen gelegt wurden,
3. zumindest ein Gebot pivotal ist, sodass es zur Deckung des Bedarfes preisunabhängig und jedenfalls kontrahiert werden muss, oder
4. die Stilllegungsmeldungen gemäß § 3 Abs. 1 das Eineinhalbfache des gemäß § 4 zu beschaffenden Netzreservebedarfs abzüglich der über die monatliche Flexibilitätsplattform zu beschaffenden Netzreservekapazität unterschreiten.

Spricht die Regulierungsbehörde Stilllegungsverbote gemäß § 145 ElWG aus, ist die Inanspruchnahme von Monaten der Toleranzbandbreite durch Betreiber von Stromerzeugungsanlagen, unbeschadet der Verkürzung des Stilllegungsverbotes gemäß § 146 Abs. 2 ElWG, unzulässig.

Zum Titel der Verordnung:

Im Titel der Verordnung wäre das verordnungserlassende Organ anzuführen (LRL 100). Zudem könnte der Langtitel etwas kürzer gefasst werden (Entfall der Wortfolgen „mit der Festlegungen“ und „getroffen werden“):

„Verordnung des Vorstandes der E-Control zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve (Netzreserve-Verordnung)“

Zu § 2:

Da Abkürzung „iVm“ in Abs. 1 Z 8 sollte ausgeschrieben werden, da sie nicht im Anhang 1 zu den LRL genannt wird (LRL 148).

Zu § 4 und § 6:

Nach LRL 27 sollten Verhaltenspflichten in befehlender Form gefasst werden (betrifft § 4 Abs. 6: „werden ... überprüft“ und § 6 Abs. 4: „teilt ... mit“).

Zu § 8:

In § 8 Abs. 3 sollte der Punkt nach dem Wort „bis“ entfallen.

Zu § 9:

Es wird angeregt, eine ausdrückliche Außerkrafttretensbestimmung aufzunehmen, weil die Verordnungsermächtigung des § 146 Abs. 4 ElWG gemäß § 188 Abs. 10 ElWG mit 30. Dezember 2031 außer Kraft tritt.

III. Zu den Materialien

Zum Vorblatt wird angeregt, in der ersten Zeile vor dem Wort „Rechtsgrundlage“ den Artikel „die“ einzufügen.

Die Ausführungen im Abschnitt „Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort“ befassen sich mit den Netzentgelten für Gas und nicht mit der verordnungsgegenständlichen Netzreserve.

Zum Allgemeinen Teil der Erläuterungen wird angeregt, im zweiten Absatz (siebente Zeile von unten) das Wort „vorgesehen“ zu streichen.

Wien, am 4. Februar 2026

Für den Bundeskanzler:

MMag. Josef Bauer

Elektronisch gefertigt

